

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 05. Januar 2025*

*Antragsteller\*in: Bundesvorstand*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen*

## **WP-01-K3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen**

### **Antragstext**

1 Unsere Demokratie ist das Fundament unseres Landes. Sie stellt das in den  
2 Mittelpunkt, was uns zusammenhält: die Freiheit und die Würde der Menschen.  
3 Unsere Demokratie ist Gemeinsamkeit in Vielfalt und sie ist wehrhaft. Sie lebt  
4 von einer gemeinsamen demokratischen Kultur ebenso wie von starken  
5 Institutionen. Und sie lebt von einem starken Europa.

6 Demokratie geht von den Bürger\*innen aus – und hat deshalb die Kraft des  
7 Zusammenhalts. Liberale Demokratie heißt freier Wettbewerb um die beste Idee und  
8 Lösung - und hat deshalb die Kraft zur Erneuerung, die Kraft, die drängenden  
9 Probleme zu lösen. Sie lebt von gegenseitiger Zuwendung, vom Streit in Respekt,  
10 von der Kompromiss – und Koalitionsbereitschaft unter Demokrat\*innen. Im  
11 Angesicht der Bedrohungen für unsere Demokratie kommt es darauf an: Wir müssen  
12 uns als Land auf unsere demokratische Kraft neu besinnen. Unsere Demokratie  
13 stärken heißt, sie nach innen lebendig zu halten. Demokratie stärken heißt,  
14 jetzt die drängenden Zukunftsfragen anzugehen.

15 Unser Land weiß um seine Kraft als Einwanderungsland, das Menschen willkommen  
16 heißt und Schutz bietet – im Inneren vereint und mit der Welt verbunden,  
17 Streitbar unter Demokrat\*innen, aber mit klarer Kante gegen Diskriminierung.  
18 Unsere Demokratie entfaltet ihre Stärke dann, wenn alle Menschen  
19 gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können.

20 Eine starke Demokratie verbindet Freiheit und Sicherheit. Sie steht auf dem  
21 Fundament eines verlässlichen Rechtsstaats, einer unabhängigen Justiz. Sie  
22 schützt unsere Rechte und unsere Freiheiten. Sie wird geschützt durch  
23 Demokratinnen und Demokraten – und zugleich durch handlungsfähige  
24 Sicherheitsbehörden, engagierte Polizist\*innen und einen starken  
25 Bevölkerungsschutz.

26 Zu lange haben wir in Deutschland geglaubt, unsere Sicherheit in Europa sei  
27 selbstverständlich. Aber unsere Sicherheit wird von außen und innen angegriffen,  
28 und beide Dimensionen greifen zunehmend ineinander über. Sicherheit im 21.  
29 Jahrhundert bedeutet, dass unsere Bundeswehr gut ausgerüstet ist, und ebenso,  
30 dass wir unsere Bahnstrecken, Häfen und Stromleitungen schützen, Lieferengpässe  
31 vermeiden, Cyberangriffe verhindern und unsere Demokratie wehrhaft machen.  
32 Sicherheit bedeutet: uns unabhängiger machen von autoritären Regimen wie  
33 Russland oder China.

34 Dafür sind wir angewiesen auf ein starkes gemeinsames Europa. Die Europäische  
35 Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt seit Ende des Zweiten Weltkriegs.  
36 Wo uns einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und  
37 Grenzposten, verbindet uns heute das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und  
38 Demokratie. Deshalb wollen wir die EU stärken, erweitern und reformieren. Als  
39 größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen wir dafür besondere  
40 Verantwortung.

41 Wir arbeiten an starken globalen Partnerschaften – für eine Welt in Frieden und  
42 Freiheit, in der sich Kooperation gegen Konkurrenz und Krieg behauptet und die  
43 Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert. Der russische  
44 Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Konflikt in Nahost, humanitäre Notlagen wie  
45 in Gaza oder im Sudan, aber auch die Klimakrise erfordern höchste  
46 Aufmerksamkeit. Auch das Weltmachtstreben Chinas ist eine Herausforderung für  
47 die internationale Zusammenarbeit. Mit der ganzen Kraft der Diplomatie stellen  
48 wir Kooperation und eine regelbasierte internationale Ordnung dem gefährlichen  
49 Modell der Autokraten entgegen. Wir setzen auf einen zukunftsfesten  
50 Multilateralismus und Partnerschaften zunehmend auch im Globalen Süden.

51 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist auch ein Angriff auf die  
52 europäische Friedensordnung – und damit auf unser Fundament aus Frieden,  
53 Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Diese Werte müssen wir in einem  
54 starken Europa und in einer starken NATO schützen und verteidigen können.  
55 Sicherheit denken wir von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und  
56 Freiheit im Zentrum unserer Politik steht. Deshalb ist Frieden mehr als die  
57 Abwesenheit von Krieg. Frieden schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, Teilhabe  
58 und Selbstbestimmung.

## 59 **A. Eine lebendige Demokratie**

60 Für demokratischen Zusammenhalt

61 Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen zusammenkommen, bei der Arbeit oder in

62 der Schule, beim Sport oder Musik machen oder beim Einsatz für gute Zwecke oder  
63 dem gemeinsamen Feiern. Im Dorfgemeinschaftshaus, auf dem Fußballplatz oder in  
64 Kirchen, Moscheen oder Synagogen kann Demokratie lebendig werden. Dazu gehören  
65 auch kulturelle Einrichtungen wie Theater, Kinos, Bibliotheken oder Clubs, die  
66 Raum für neue Begegnungen und gemeinsame Erfahrungen oder Projekte geben.

67 Damit wir gut zusammen leben, müssen Straßen, Parks und Bahnhöfe nicht nur  
68 funktional und sauber, sondern für alle Menschen sicher sein. Wir schaffen  
69 öffentliche Räume, an denen Menschen gern zusammenkommen, weil sie Zugang haben  
70 und sich wohlfühlen. Auch Kulturorte, Geschäfte und Gastronomie sind Teil davon:  
71 Wir wollen diese Orte im Gewerbemietrecht vor Verdrängung schützen.

72 Vielfältige Medien sind zentrale Räume für den gesellschaftlichen Austausch und  
73 für unsere Demokratie. Hier entsteht ein gemeinsamer Informationsstand – lokal  
74 und mit der ganzen Welt. Hier wird Kritik geäußert und nach Lösungen gesucht.  
75 Deshalb müssen wir ihre Zukunft unter den neuen Bedingungen von Digitalisierung  
76 sichern. Wir setzen uns ein für eine lebendige regionale Medienlandschaft – und  
77 fördern gezielt den Lokaljournalismus. Eine kluge und mit den Ländern  
78 abgestimmte Förderung zielt auf die Unterstützung der Arbeit von  
79 Journalist\*innen, stärkt die Medienvielfalt und schützt funktionierende Märkte –  
80 auch durch gemeinnützige Ansätze. Gleichzeitig machen wir den Journalismusberuf  
81 attraktiver und sicherer, um gut ausgebildete Nachwuchskräfte für die Zukunft zu  
82 gewinnen.

83 Wir würdigen den Beitrag der Kirchen sowie der Religions- und  
84 Weltanschauungsgemeinschaften zum demokratischen und sozialen Zusammenhalt.

85 Für eine Erinnerung, die uns wach hält

86 Wir müssen unsere Erinnerung wach halten – auch damit sie uns und unsere  
87 Demokratie wach hält. Wir tragen Verantwortung für unsere Geschichte – auch weil  
88 aus ihr die Chance auf eine gute Zukunft erwächst. Deshalb zählt ein guter  
89 Geschichtsunterricht an den Schulen zum Fundament unserer Demokratie. Deshalb  
90 pflegen wir unsere Erinnerungsorte – in denen wir etwas über das  
91 Menschheitsverbrechen der Shoah erfahren, aber auch über demokratische Aufbrüche  
92 und bürgerschaftlichen Mut.

93 Die Massenverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Mahnung: Nie wieder!  
94 Deswegen ist es wichtig, die KZ-Gedenkstätten mit ausreichend Mitteln  
95 auszustatten. Besonders nach dem Verschwinden der Zeitzeug\*innen sind sie  
96 wichtige Orte der Vermittlung eines kritischen Geschichtsbewusstseins an  
97 kommende Generationen. Deswegen wollen wir es allen Schüler\*innen ermöglichen,

98 einmal in ihrer Schulzeit eine NS-Gedenkstätte zu besuchen und das auch  
99 finanziell unterstützen.

100 Wir intensivieren die Beschäftigung mit dem Antiziganismus und dem aus ihm  
101 resultierenden historischen Unrecht, das die Betroffenen erfahren haben. Dabei  
102 nehmen wir explizit auch das fortgesetzte Unrecht nach 1945 in den Blick. Die  
103 Verbrechen der deutschen Geschichte gegenüber Menschen mit Behinderung werden  
104 wir weiter aufarbeiten und die Opfer angemessen entschädigen.

105 Wir wollen auch neue Formen des Erinnerns entwickeln und unterstützen. Wir  
106 stehen zur Realisierung des geplanten Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg  
107 und deutsche Besatzungsherrschaft“ und des Projekts „Deutsch-Polnisches Haus“.  
108 Die Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht werden wir konsequent fortführen und  
109 die Errichtung des Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft  
110 vorantreiben. Die Opfer der SED-Diktatur leiden bis heute an den oft  
111 schwerwiegenden Folgen, sie müssen besser unterstützt werden. Opfer des DDR-  
112 Doping-Systems wollen wir in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufnehmen.

113 Gleichzeitig erinnern wir uns an das einzigartige Glück Deutschlands, die  
114 friedliche Revolution geschafft zu haben, weshalb wir heute in einem vereinten  
115 Deutschland im Herzen Europas leben können. Das Zukunftszentrum für Deutsche  
116 Einheit und Europäische Transformation in Halle wollen wir als einen Ort der  
117 Würdigung, des Austausches der Erfahrungen und der Forschung unterstützen.

118 In der Bundesregierung haben wir die Aufarbeitung der deutschen  
119 Kolonialvergangenheit im Dialog mit den betroffenen Ländern vorangetrieben und  
120 wollen dies durch ein Lern- und Erinnerungszentrum und mithilfe lokaler  
121 Initiativen in die Gesellschaft tragen.

122 Wir wollen die deutsche Erinnerungskultur weiter für die Realität der  
123 Einwanderungsgesellschaft öffnen und die Erinnerung an die Opfer von rechter  
124 Gewalt dauerhaft darin aufnehmen.

125 Für handlungsfähige Kommunen

126 Staatliche Leistungen müssen funktionieren – von Krankentransporten bis zu  
127 Kindergärten. In den Kommunen zeigt sich unmittelbar, ob der Staat seinen  
128 Aufgaben hinreichend nachkommt und Bürger\*innen verlässliche öffentliche  
129 Infrastruktur und soziale Dienstleistungen ermöglicht. Wenn diese Aufgabe  
130 gelingt, stärkt dies das Vertrauen der Menschen in die Demokratie. Die Kraft  
131 unseres Landes liegt in erster Linie in den Kommunen, bei den Menschen vor Ort.

132 Aktuell ist jede zweite Kommune nicht mehr in der Lage, notwendige Vorhaben zu  
133 finanzieren. Allein zum Erhalt und zur Sanierung der kommunalen Infrastruktur,  
134 dazu zählen zum Beispiel Straßen, Schwimmbäder, Jugendclubs, Sportplätze und  
135 Kultureinrichtungen, fehlen bundesweit 186 Milliarden Euro. Durch den  
136 Deutschlandfonds geben wir Kommunen endlich die Möglichkeit, diese dringend  
137 notwendigen Investitionen zu finanzieren.

138 Viele finanzschwache Kommunen stecken in einem Teufelskreis. Um ihnen wieder  
139 eine Perspektive zu geben, setzen wir uns für eine faire Unterstützung bei  
140 kommunalen Altschulden ein. An die Kommunen übertragene Aufgaben wie die  
141 Bereitstellung von Rettungsdiensten, die Unterbringung von Geflüchteten oder  
142 Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern übernommen werden.

143 Über die Bedürfnisse vor Ort sollen die Kommunen entscheiden – nicht allein die  
144 Vorgaben aus den Hauptstädten. Wir haben die Möglichkeiten der Kommunen, von  
145 Energieprojekten zu profitieren, gestärkt und werden sie weiter ausbauen.  
146 Förderprogramme für die Kommunen werden wir daher weiter vereinfachen und nach  
147 klaren Regeln gestalten. Indem wir die Gelder den Kommunen künftig direkt zur  
148 Verfügung stellen und die ungebundenen kommunalen Mittel stärken, richten sich  
149 die Programme stärker nach den tatsächlichen Bedürfnissen vor Ort. Für mehr  
150 Transparenz im Umgang mit Fördergeldern bauen wir die Förderdatenbank aus.

151 Für eine starke demokratische Gesellschaft

152 Das Fundament unserer Demokratie sind starke Institutionen und eine lebendige  
153 Zivilgesellschaft. Die gemeinsame Trägerschaft unserer Demokratie lebt von  
154 Bürger\*innen, die sich informieren und einbringen. Diese Möglichkeit braucht  
155 Zeit und Ressourcen – und ist deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit. Durch  
156 eine verlässliche Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken wir  
157 unsere demokratische Kultur. Der Schutz der Demokratie ist eine zentrale Aufgabe  
158 des Staates, deswegen wollen wir Programme wie „Demokratie leben!“ mit einem  
159 Demokratiefördergesetz absichern.

160 Menschen, die sich zivilgesellschaftlich oder kommunalpolitisch engagieren,  
161 werden immer wieder Ziel von Angriffen und Anfeindungen. Wir alle, Staat und  
162 Gesellschaft, müssen diese Menschen besser schützen. Üble Nachreden,  
163 Verleumdungen und Bedrohungen müssen sowohl im kommunalpolitischen Alltag als  
164 auch im Internet stärker geahndet werden.

165 Politische Bildung ist für die demokratische Debatte von entscheidender  
166 Bedeutung. Neben den Landeszentralen spielt dabei die Bundeszentrale für  
167 politische Bildung eine wichtige Rolle, die wir in ihrer Unabhängigkeit und

168 Unparteilichkeit stärken wollen. Auch die politischen Stiftungen liefern einen  
169 wichtigen Beitrag für die politische Bildungsarbeit in unserer pluralen  
170 Demokratie, soweit sie auf dem gemeinsamen Boden unserer demokratischen  
171 Grundordnung stehen.

172 Mit Bürgerräten besteht die Möglichkeit, den Rat der Menschen als „Expert\*innen  
173 des Alltags“ in einem repräsentativen Verfahren einzuholen. Auch das gilt es zu  
174 stärken.

175 Wer dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hat, muss die Möglichkeit  
176 haben, an Wahlen, Abstimmungen und allen anderen demokratischen Prozessen  
177 gleichberechtigt teilzunehmen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt das  
178 kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen.

179 Wir sind überzeugt: Transparente und nachvollziehbare Politik stärkt das  
180 Gemeinwohl, dafür müssen mögliche finanzielle Interessen offengelegt und  
181 Karenzzeiten für ausscheidende Regierungsmitglieder erhöht werden. Wir stehen  
182 für ein starkes Parlament. Parlamentsarbeit und Gesetzgebungsverfahren wollen  
183 wir transparenter gestalten und Lobbytreffen der Regierung wie in der  
184 Europäischen Kommission sichtbar machen. So sollen die Sitzungen der  
185 Fachausschüsse in der Regel öffentlich stattfinden und gestreamt werden.  
186 Parteispenden und -sponsoring wollen wir durch einen jährlichen Höchstbetrag  
187 deckeln.

188 Die systematische Unterstützung von Organisationen an Parteien soll klarer  
189 geregelt werden, so dass die wesentlichen Transparenzregeln für Parteien auch  
190 für diese Organisationen gelten.

191 Solange es keine gesetzliche Regelung gibt, wenden wir die über das  
192 Parteiengesetz hinausgehenden Regelungen unseres Spendenkodex an.

193 Für die Unterstützung von freiwilligem Engagement

194 In Deutschland engagieren sich knapp 30 Millionen Menschen freiwillig. Sie  
195 engagieren sich im Sportverein, organisieren Kulturveranstaltungen oder  
196 unterstützen die Nachbarschaftshilfe. Sie bringen sich ehrenamtlich in die  
197 freiwillige Feuerwehr oder das Rote Kreuz ein. Viele junge Menschen entscheiden  
198 sich, ein Jahr ihres Lebens nach der Schule in den Dienst der Gesellschaft zu  
199 stellen.

200 All dieses Engagement der Menschen in unserem Land ermöglicht überhaupt erst  
201 unser Zusammenleben. Es hält uns zusammen und stärkt auch unsere demokratische

202 Gemeinsamkeit in Vielfalt. Wir wollen deshalb Engagement unterstützen und  
203 Leistung anerkennen. Wenn für Ehrenämter Aufwandsentschädigungen gezahlt werden,  
204 sollen sie einheitlich pauschal steuerfrei sein. Zusammen mit Ländern und  
205 Kommunen wollen wir eine bundesweite Engagementkarte einführen, um den Besuch  
206 von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen oder die Nutzung des öffentlichen  
207 Personennahverkehrs (ÖPNV) zu vergünstigen. Wir werden die Zugänge zum  
208 freiwilligen Engagement auch für Menschen mit geringem Einkommen,  
209 Migrationsgeschichte oder Behinderungen verbessern.

210 Wir wollen ein Recht auf einen Freiwilligendienst verankern und Plätze im  
211 Bundesfreiwilligendienst ausreichend und verlässlich finanzieren. Viele Menschen  
212 – ob jung oder alt – möchten sich im Freiwilligendienst engagieren und wir  
213 müssen die Türen dafür weiter aufmachen. Dafür wollen wir auch die Bedingungen  
214 für Freiwillige verbessern.

215 Zivilgesellschaftliche Organisationen tragen das gemeinnützige Engagement. Ihre  
216 Arbeit wollen wir von überflüssiger Bürokratie entlasten. Zudem erweitern wir  
217 den Katalog gemeinnütziger Zwecke. Wir werden zudem gesetzlich klarstellen, dass  
218 gemeinnützige Zwecke auch durch Teilnahme an der politischen und öffentlichen  
219 Willensbildung verfolgt werden können und sich Organisationen gelegentlich auch  
220 außerhalb ihres gemeinnützigen Zwecks politisch äußern dürfen.

221 Für Sport, der verbindet

222 Eine herausragende Säule für das gesellschaftliche Zusammenleben ist der Sport.  
223 Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale  
224 Identitäten und trägt zur Gesundheit bei. Sport vermittelt Grundwerte der  
225 Demokratie, Toleranz und fördert Integration.

226 Wir unterstützen eine deutsche Bewerbung für Olympische und Paralympische  
227 Spiele, denn Sportgroßereignisse müssen auch in den demokratischen Ländern  
228 Europas eine Zukunft haben. Wir wollen so zeigen, dass Menschenrechte und  
229 Nachhaltigkeitsziele fester Bestandteil der Sportpolitik sein müssen. Wir wollen  
230 mit einer Agentur wirksam gegen Korruption in internationalen Sportverbänden  
231 vorgehen und mehr Transparenz schaffen.

232 Mit dem Ausbau des Bundesprogramms zur Sanierung von Sportstätten und  
233 Schwimmbädern werden wir den Breitensport stärken und gute Bedingungen für die  
234 Schwimmbildung oder das Training vor Ort schaffen. Die Belange von Mädchen  
235 und Frauen sowie Inklusion fördern wir gezielt mit unserer Sportpolitik. Mit  
236 einer nationalen Spitzensportstrategie wollen wir die Förderung von  
237 Leistungssportler\*innen verbessern und die Mittelvergabe transparenter

238 gestalten. Wir wollen, dass der E-Sport stärkere Beachtung findet und anerkannt  
239 wird.

240 Sport lebt von Fair Play – Maßnahmen gegen Doping und Korruption im Sport müssen  
241 ausgebaut und konsequent durchgesetzt werden.

242 Fans sind essenziell. Deswegen wollen wir die Fanhilfen in ihrer Arbeit stärken.  
243 Gerade in dem Engagement gegen Rechtsextremismus nehmen die Fanprojekte eine  
244 wichtige Bedeutung ein.

245 Für gute Justiz und einen handlungsfähigen Rechtsstaat

246 Vertrauen in unseren Rechtsstaat entsteht, wenn die Justiz handlungsfähig ist,  
247 schnellentscheidet und Recht effektiv durchgesetzt wird. Dafür braucht es  
248 genügend Richter\*innen und Staatsanwält\*innen, gut ausgestattete Gerichte sowie  
249 eine entschiedene Digitalisierung der Justiz.

250 Mit einer Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat wollen wir gemeinsam mit den  
251 Bundesländern die Modernisierung unserer Justiz fortsetzen. Wir wollen ein  
252 deutschlandweites Onlineverfahren für Zivilprozesse, das medienbruchfrei von  
253 Klage bis Urteil arbeitet. Mit der Gruppenklage wollen wir ermöglichen, dass  
254 mehrere Kläger\*innen gleichartige Ansprüche gemeinsam gegen eine Beklagte bzw.  
255 einen Beklagten durchsetzen können und die Zivilgerichte in Massenverfahren  
256 entlasten. Wir wollen zusammen mit den Ländern mehr  
257 Schwerpunktstaatsanwaltschaften schaffen, die sich auf komplexe Rechtsfelder  
258 spezialisieren. Umweltkriminalität gewinnt zunehmend an Bedeutung und ist ein  
259 wichtiges Betätigungsfeld der Organisierten Kriminalität. Dagegen gehen wir mit  
260 einem Nationalen Aktionsplan vor.

261 Wir wollen weiter daran arbeiten, dass die Belange von Kindern als Geschädigte  
262 oder Zeug\*innen vor Gericht besser berücksichtigt werden.

263 Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein hohes Gut. Um sie zu schützen, werden wir  
264 das ministerielle Weisungsrecht an Staatsanwält\*innen transparent ausgestalten.  
265 Weisungen müssen frei von politischer Einflussnahme sein. Eine gute Justiz muss  
266 auch widerstandsfähig gegen Extremist\*innen sein. Daher werden wir  
267 rechtsstaatliche Regelungen ergreifen, damit die Justiz vor  
268 Verfassungsfeind\*innen geschützt ist.

269 Menschen sollten nicht im Gefängnis landen, weil sie geringe Geldstrafen nicht  
270 begleichen können. Wir modernisieren das Strafrecht mit dem Ziel, die Justiz zu  
271 entlasten. Hierfür wollen wir prüfen, welche geringfügigen Delikte außerhalb des



272 Strafrechts geregelt werden können.

273 Wir machen Europa zu einem starken und gemeinsamen Raum des Rechts. Dafür  
274 stärken wir die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTA) und die Agentur der  
275 Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und  
276 harmonisieren Recht auf Basis hoher verfassungsrechtlicher Grundsätze.

277 Für digitale Bürger\*innenrechte

278 Freiheitsrechte und Bürger\*innenrechte müssen auch im Digitalen durchgesetzt  
279 werden. Durch die rasanten Fortschritte von Künstlicher Intelligenz (KI)  
280 entstehen große Chancen, aber auch Risiken. Wir wollen KI im Rahmen unserer  
281 gemeinsamen Werte einsetzen, um große Innovationspotenziale zu heben und einen  
282 effektiven Schutz der Menschenrechte und Diskriminierungsfreiheit zu  
283 gewährleisten. Die Europäische Union (EU) hat mit der KI-Verordnung einen  
284 wichtigen Grundstein der Regulierung vorgenommen. Diese muss nun möglichst  
285 unbürokratisch umgesetzt werden.

286 Meinungsfreiheit ist die Grundvoraussetzung einer freiheitlichen Demokratie.  
287 Ihre Grenzen findet sie, wenn Straftatbestände wie Beleidigung oder  
288 Volksverhetzung erfüllt sind. Solche Hassrede muss konsequent gelöscht und  
289 Accounts, die Hetze verbreiten, schneller gesperrt werden. Dafür sorgen wir mit  
290 einem digitalen Gewaltschutzgesetz und stärken die Rechte der Nutzer\*innen. Die  
291 algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Mit dem  
292 Digitale-Dienste-Gesetz (DSA) und dem Digitale-Märkte-Gesetz (DMA) haben wir  
293 wichtige Grundsteine für ein demokratisches Netz gelegt. Wir treten für eine  
294 konsequente Umsetzung und – wo nötig – für Verbesserungen in Europa und  
295 Deutschland ein. Wir wollen, dass Straftaten auch im Netz beharrlich und  
296 rechtsstaatlich von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt werden.

297 Wir stehen für einen effektiven und zugleich praktikablen Datenschutz.  
298 Ausufernde Bürokratie werden wir abbauen. Wir setzen auf bürgerrechtsschonende  
299 Instrumente wie das sogenannte Quick-Freeze zur Verfolgung von Straftaten.  
300 Anlasslose Vorratsdatenspeicherung und Chatkontrolle lehnen wir ab.

301 Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung

302 Deutschland lebt von seiner Vielfalt und dem Miteinander verschiedener Menschen.  
303 Wir stehen dafür ein, dass sich alle Menschen entfalten und gleichberechtigt  
304 Teil unserer Gesellschaft sein können. Wir wollen Antisemitismus, Rassismus,  
305 Queer- und Behindertenfeindlichkeit überwinden, denn sie schwächen unseren  
306 Zusammenhalt.

307 Damit Menschen, die zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt oder bei der Arbeit  
308 Diskriminierung erfahren, den Rechtsstaat auf ihrer Seite wissen, werden wir das  
309 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformieren, den Anwendungsbereich ausweiten  
310 und Schutzlücken schließen. Dazu gehört auch der Schutz vor Diskriminierung  
311 durch staatliche Stellen. Deutschland soll seinen Vorbehalt gegen die 5.  
312 Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben. Wir wollen, dass  
313 Beratungsstellen und Selbstorganisationen langfristig abgesichert und ausgebaut  
314 werden sowie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes gestärkt wird. Mit einem  
315 Nationalen Aktionsplan Antidiskriminierung wollen wir eine wirksame  
316 Antidiskriminierungspolitik umsetzen. Mit der Schaffung der Beauftragten für  
317 Antidiskriminierung, Queeres Leben, Antirassismus und Antiziganismus haben wir  
318 die politische Stärkung von Vielfalt noch stärker verankert. Wir wollen ihre und  
319 die Arbeit der weiteren Beauftragten für gesellschaftliche Vielfalt weiter  
320 stärken.

321 Wir gehen entschlossen gegen den zunehmenden Antisemitismus in unserer  
322 Gesellschaft vor – egal von wem er ausgeht. Wir sorgen dafür, dass Jüdinnen und  
323 Juden in Sicherheit leben können und ihre Einrichtungen geschützt werden.  
324 Antisemitische Vorfälle müssen konsequent verfolgt und dokumentiert werden. Die  
325 älteren jüdischen Generationen wollen wir stärker sozial absichern.

326 Mit einem Aktionsplan gegen Islamfeindlichkeit gehen wir gegen die  
327 Diskriminierung von muslimischen Menschen vor. Die Imam\*innenausbildung in  
328 Deutschland treiben wir voran und stärken damit die Unabhängigkeit der  
329 islamischen Gemeinden.

330 Um Antiziganismus zu bekämpfen, werden wir die Empfehlungen der  
331 Expertenkommission Antiziganismus umsetzen und einen Staatsvertrag mit der  
332 Minderheit auf Bundesebene schließen.

333 Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll sich auch in ihren Institutionen  
334 widerspiegeln. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Vielfalt – sowohl  
335 personell als auch strukturell – in Behörden strategisch und konsequent  
336 gefördert wird und schaffen dafür auch die rechtlichen Grundlagen. Mit einem  
337 Bundespartizipationsgesetz und einem Partizipationsrat stärken wir die Teilhabe  
338 von Menschen mit Migrationsgeschichte.

339 Für Frauenrechte

340 Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht allen Menschen, unabhängig vom Geschlecht,  
341 ein selbstbestimmtes Leben. Feminismus und der Einsatz für Frauenrechte sind  
342 dafür essenziell. Nur wenn Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit

343 konsequent bekämpft werden, können Frauen alle Chancen nutzen. Gerade weil  
344 rückwärtsgewandte Kräfte stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und  
345 weiter voranschreiten.

346 Unsere Priorität ist, das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen. Das  
347 bedeutet, den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen.  
348 Dazu gehört, dass frauendominierte Berufe nicht schlechter bezahlt werden als  
349 männerdominierte. Frauen tragen den Großteil der Sorgearbeit und arbeiten daher  
350 oft in Teilzeit, was Aufstieg und Einkommen beeinträchtigt. Wir fördern eine  
351 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verlässliche Betreuung und  
352 hochwertige Bildungseinrichtungen. Auf der Straße, in der U-Bahn und erst recht  
353 zu Hause: Alle Frauen müssen sicher sein und sich sicher fühlen können. Im  
354 Alltag sind sie aber täglich von Frauenfeindlichkeit, Sexismus und Gewalt  
355 bedroht.

356 Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer  
357 Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen  
358 Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung  
359 stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser,  
360 Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. Das muss auch einen  
361 Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung oder mit Sprachbarrieren  
362 beinhalten. Nach einer Trennung muss Partnerschaftsgewalt in Sorge- und  
363 Umgangsverfahren verpflichtend berücksichtigt werden. Dazu müssen Justiz sowie  
364 Polizei umfassend geschult werden. Um Annäherungsverbote in Fällen von  
365 häuslicher Gewalt besser zu kontrollieren, kann der Einsatz der elektronischen  
366 Fußfessel ein sinnvolles Instrument sein. Opfer von Vergewaltigungen brauchen  
367 flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive anonymer  
368 Spurensicherung und der „Pille danach“.

369 Viele geflüchtete Frauen und Mädchen sind vor, während und/oder nach der Flucht  
370 von Gewalt betroffen, deshalb müssen alle Aufnahmeeinrichtungen entsprechende  
371 Schutzkonzepte verpflichtend etablieren. Frauen, deren Aufenthaltsstatus von  
372 ihrem gewalttätigen Partner abhängt, sollen einen eigenständigen  
373 Aufenthaltstitel erhalten.

374 Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende  
375 Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft. Wir wollen den  
376 ressortübergreifenden Nationalen Aktionsplan umsetzen und weiterentwickeln.

377 Die Rechte und die Gesundheitsversorgung von Sexarbeiter\*innen werden wir  
378 stärken. Denn so wie die Zustände zurzeit sind, können sie nicht bleiben.  
379 Gezielte Unterstützung, insbesondere für Prostituierte in prekären Situationen,  
380 muss auch durch aufsuchende Hilfen und Beratungen, gerade beim Ausstieg aus der

381 Prostitution, verstärkt werden. Prostitutionsstätten müssen strenger  
382 kontrolliert, die Standards zur Betriebserlaubnis erhöht und die Befugnisse des  
383 Zolls erweitert werden, um gesetzlich vorgeschriebene Arbeitsbedingungen zu  
384 gewährleisten und die Selbstbestimmung und Sicherheit der Betroffenen  
385 sicherzustellen. Eine Kriminalisierung und Stigmatisierung von Betroffenen  
386 schützt diese nicht, sondern verweist sie in die Illegalität, in der sie kaum  
387 von Hilfsangeboten erreicht werden können.

#### 388 Für Selbstbestimmung

389 Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber noch weit von der  
390 Hälfte der wirtschaftlichen und politischen Macht entfernt – in  
391 Führungspositionen, in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in Parlamenten und  
392 Kommunalvertretungen. Wir sind daher für Frauenquoten in Aufsichtsräten und  
393 Vorständen von großen Unternehmen. Die bereits bestehenden Regelungen wollen  
394 weiterentwickeln und stärken, wo sie sich als nicht als effektiv genug erweisen.

395 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht, das für alle gelten  
396 muss. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen  
397 Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wollen, dass selbstbestimmte  
398 Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt  
399 werden. Wir treten dafür ein, dass die notwendige Beratung durch ein  
400 abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft  
401 garantiert ist. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff mit  
402 der gewünschten Methode vornehmen, denn das Angebot für Abbrüche hat sich in den  
403 vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den Krankenkassen übernommen  
404 und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden.

405 Selbstbestimmung über den eigenen Körper setzt ein geschlechtergerechtes  
406 Gesundheitssystem voraus: Forschung, Ausbildung und medizinische Praxis müssen  
407 geschlechtsspezifische Aspekte zur Verbesserung der Frauengesundheit zwingend  
408 berücksichtigen. Auch im Gesundheitswesen wollen wir durch Quoten und bessere  
409 Arbeitsbedingungen mehr Frauen in die Führungsgremien holen.

#### 410 Für queeres Leben: sicher und selbstbestimmt

411 Als Gesellschaft verbindet uns der Wunsch, frei und selbstbestimmt zu leben.  
412 Politik muss den Rahmen dafür schaffen. Noch zu häufig erleben lesbische,  
413 schwule, bi, trans\*, inter\* und queere Menschen (LSBTIQ\*) Gewalt und  
414 Diskriminierung. Das nehmen wir nicht hin.

415 Mit dem Aktionsplan „Queer leben“ haben wir in der Bundesregierung einen Plan

416 zur Stärkung von queerem Leben vorgelegt. Diesen wollen wir verstetigen. Zur  
417 weiteren Umsetzung wollen wir mit einem Bundesförderprogramm die nötigen Mittel  
418 bereitstellen. So stärken wir queere Beratungs- und Projektstrukturen. Wir  
419 wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität in  
420 Artikel 3 des Grundgesetzes verankern und Hasskriminalität gegen LSBTIQ\*  
421 entschlossen bekämpfen. Dazu verbessern wir die Erfassung von queerfeindlichen  
422 Straftaten.

423 Queere Menschen haben ein Recht auf gute und diskriminierungsfreie  
424 Gesundheitsversorgung. Deshalb soll es unter anderem einen Anspruch auf bei  
425 einer Transition notwendige medizinische Maßnahmen geben und die Kosten von den  
426 Krankenkassen übernommen sowie Beratungsangebote ausgebaut werden. Wir schließen  
427 die Gesetzeslücken, um nicht notwendige Operationen an intergeschlechtlichen  
428 Kindern zu verbieten. Zudem wollen wir das Unrecht gegenüber trans- und  
429 intergeschlechtlichen Menschen, deren körperliche Unversehrtheit verletzt oder  
430 Ehen zwangsgeschieden wurden, endlich anerkennen. Lücken beim Verbot sogenannter  
431 Konversionstherapien werden wir schließen und die Aufklärungsarbeit über HIV  
432 sowie anderer sexuell übertragbarer Krankheiten und aktuelle Behandlungs- und  
433 Präventionsmöglichkeiten bei Ärzt\*innen vorantreiben. Wir ermöglichen den  
434 diskriminierungsfreien Zugang zu reproduktionsmedizinischen Leistungen für alle.

435 Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das gilt auch für  
436 Regenbogenfamilien. Wir passen deshalb das Familienrecht an, beenden  
437 schnellstmöglich die Diskriminierung von Regenbogenfamilien im Abstammungsrecht  
438 und berücksichtigen dabei die Elternschaft von trans\*, inter\* und nicht binären  
439 Menschen. Wir verbessern die rechtliche Situation von Familien mit mehr als zwei  
440 Eltern. Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich  
441 verbindlich füreinander sorgen zu können. Wir werden zudem queeres Leben im  
442 Alter stärker in den Mittelpunkt rücken. So wollen wir die Bedürfnisse von  
443 älteren LSBTIQ\*-Personen auch in der Altenhilfe und in der Pflege besser  
444 berücksichtigen, damit sie auch im Alter diskriminierungsfrei teilhaben können.

445 Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung und eine inklusive  
446 Gesellschaft

447 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der Menschen mit Behinderung  
448 gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Wir setzen uns dafür ein,  
449 dass dieses Recht endlich Wirklichkeit wird. Die Behindertenrechtskonvention der  
450 Vereinten Nationen (UN) ist dabei Maßstab unseres Handelns. Um das zu erreichen,  
451 richten wir eine Enquetekommission Inklusion ein, die unter Beteiligung von  
452 Betroffenen umfassende Vorschläge erarbeiten soll.

453 Barrierefreiheit soll endlich in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden:

454 Die Gebäude des Bundes wollen wir innerhalb von zehn Jahren barrierefrei machen.  
455 Auch Anbieter\*innen öffentlich zugänglicher Angebote und Dienstleistungen sollen  
456 Vorkehrungen zur Barrierefreiheit treffen, wobei wir kleine Unternehmen mit  
457 einer Überforderungsklausel schützen und sie mit einem digitalen  
458 Barrierefreiheitstool unterstützen.

459 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung ihre Potenziale gleichberechtigt auch  
460 auf dem ersten Arbeitsmarkt einbringen und zu unserem Wohlstand beitragen  
461 können. Wir wollen deshalb das heutige ausgrenzende Werkstättensystem in  
462 Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickeln, in denen Menschen mit und ohne  
463 Behinderung gemeinsam arbeiten, mindestens nach Mindestlohn entlohnt werden und  
464 Rentenansprüche erwerben können. Auch die inklusive Aus- und Weiterbildung  
465 wollen wir fördern. Die ergänzenden Beratungsstellen wollen wir in allen  
466 Regionen verfügbar machen.

467 Die Eingliederungshilfe mit ihren Schnittstellen – insbesondere zu Sozialhilfe,  
468 Behandlung und Pflege – wollen wir verbessern und vereinfachen, damit Betroffene  
469 niedrigschwellig und schnell Zugang zu Leistungen erhalten. Dazu gehört es auch,  
470 die Durchsetzung sozialrechtlicher Ansprüche auf Teilhabe bei Behörden und  
471 Gerichten zu beschleunigen. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung selbst  
472 entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch deshalb wollen wir den Ausbau  
473 inklusiver Wohnformen vorantreiben und fördern und die Beratung dazu verbessern.  
474 Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung einschränken,  
475 wollen wir abbauen. Deshalb stärken wir das persönliche Budget, mit dem Menschen  
476 mit Behinderung anstatt Dienst- oder Sachleistungen Geldleistungen oder einen  
477 Gutschein erhalten. Wir gehen weitere Schritte bei der Freistellung von  
478 Einkommen und Vermögen.

479 Menschen mit Behinderung sind häufiger von Gewalt betroffen als nicht behinderte  
480 Menschen. Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt für alle Menschen gilt und  
481 bauen den Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe aus.

482 Für lebendige Kunst und Kultur

483 Kunst und Kultur handeln davon, was uns als Menschen ausmacht – von der Realität  
484 und anderen Möglichkeiten, vom Denken und Fühlen, von Erinnerungen und  
485 Zukünften. Eine freie Kultur ist deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil unseres  
486 demokratischen Zusammenlebens. Gegen antidemokratische Bewegungen, die einen  
487 ideologischen Kampf gegen unsere offene Gesellschaft führen, arbeiten wir für  
488 die Unabhängigkeit und Freiheit der Kultur, der Künstler\*innen und ihrer  
489 diversen Ausdrucksformen – ob Literatur, Film, Musik, Theater, Tanz oder  
490 bildende Kunst, ob Mode, Architektur oder Design, ob Club oder Oper, ob  
491 öffentliche Einrichtung oder Teil der großen Kultur- und Kreativwirtschaft.

492 Indem wir ein Staatsziel Kultur im Grundgesetz verankern, stärken wir Kunst und  
493 Kultur umfassend und in der Breite.

494 Clubs und Livemusikstätten sind Kulturorte. Wir schaffen Rahmenbedingungen  
495 dafür, dass sie auch in Innenstädten zu einem attraktiven Kulturangebot  
496 beitragen können. Die großen Bundeskulturinstitutionen wollen wir als  
497 Stabilitätsanker der Kulturlandschaft stärken und weiter öffnen. Es kommt darauf  
498 an, diese Vielfalt der Kultur für die Menschen zugänglich zu machen. Deshalb  
499 werden wir den Kulturpass ausbauen. Mit ihm bekommen 18-Jährige ein Guthaben, um  
500 Kultur zu entdecken. Gleichzeitig stimulieren wir damit die Nachfrage und  
501 unterstützen so verschiedene Kulturanbieter in Stadt und Land. Durch die Green  
502 Culture Anlaufstellen, die wir erfolgreich gestartet haben, unterstützen wir das  
503 gesamte Spektrum der Kulturlandschaft bei der Umstellung auf einen nachhaltigen  
504 Betrieb.

505 Kulturproduzent\*innen brauchen nicht nur Freiheit, sondern auch Sicherheit. Wir  
506 helfen der freien Szene durch den Ausbau der Bundeskulturfonds. Die begonnene  
507 Reform der Filmförderung für verlässliche, schnelle und auskömmliche  
508 Finanzierung durch eine Investitionsverpflichtung und eine Steueranreizförderung  
509 werden wir abschließen. Auch den Games-Standort Deutschland stärken wir mit  
510 einer steuerlichen Games-Förderung. Für die kleinen Verlage werden wir eine  
511 Verlagsförderung einführen. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer  
512 Ebene ist die Vielfalt der kleinen und mittleren Kulturunternehmen Teil unserer  
513 europäischen Identität und muss deshalb durch die richtigen politischen  
514 Rahmenbedingungen gestärkt werden.

515 Kultur ist auch harte Arbeit. Deshalb wollen wir die soziale Lage der  
516 Künstler\*innen und Kulturproduzent\*innen nachhaltig verbessern, indem wir die  
517 Künstlersozialversicherung zukunftsfest machen, die soziale Absicherung für  
518 Soloselbstständige verbessern und an den in dieser Wahlperiode von der  
519 Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eingeführten  
520 Honoraruntergrenzen in der Bundeskulturförderung verstetigen.

521 Im Urheberrecht werden wir weiter für die angemessene Vergütung von  
522 Künstler\*innen kämpfen. Wir haben im EU-KI-Gesetz die Stellung von Urheber\*innen  
523 gestärkt. Bei der Verwendung von künstlerischen Werken als Trainingsdaten für  
524 KI-Systeme wollen wir prüfen, wie eine angemessene Vergütung von Urheber\*innen,  
525 zum Beispiel durch Lizenzmodelle, ermöglicht werden kann.

526 Für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft

527 Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Einwanderung ist Teil unserer

528 gesellschaftlichen und ökonomischen Stärke. Sie ist deshalb für uns eine  
529 Gestaltungsaufgabe, der wir uns annehmen. Wir schotten uns nicht ab, schon gar  
530 nicht in Europa.

531 Wir sind auf die Einwanderung von dringend benötigten Fach- und Arbeitskräften  
532 angewiesen, um unseren Wohlstand zu sichern und als Wirtschaftsstandort  
533 attraktiv zu bleiben. Dabei stehen wir auch im internationalen Wettbewerb um  
534 Fach- und Arbeitskräfte, weswegen es so wichtig war, endlich ein  
535 Einwanderungssystem auf der Höhe der Zeit zu schaffen. Mit dem  
536 Fachkräfteeinwanderungsgesetz und zahlreichen Erleichterungen beim  
537 Arbeitsmarktzugang Geflüchteter haben wir hierfür den Grundstein gelegt. Damit  
538 sich Fach- und Arbeitskräfte für unser Land entscheiden, stellen wir nach  
539 Jahrzehnten der Abschottung unseres Arbeitsmarktes endlich die Digitalisierung  
540 der Visavergabe vom Kopf auf die Füße. Das heißt: Visa komplett zu  
541 digitalisieren und Wartezeiten zu verkürzen. Darauf wollen wir weiter aufbauen,  
542 indem wir mehr Berufs- und Bildungsabschlüsse noch leichter anerkennen sowie die  
543 Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisieren und vereinfachen – für eine  
544 echte Willkommenskultur. Mit der Einführung eines modernen  
545 Staatsangehörigkeitsrechts haben wir der Realität unserer vielfältigen  
546 Gesellschaft endlich Rechnung getragen. Die Staatsbürgerschaft stellt für  
547 Menschen, die schon lange hier leben – zum Beispiel die Generation der  
548 Gastarbeiter\*innen –, ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und  
549 Zugehörigkeit sicher.

550 Dabei sind Flucht und Arbeitsmigration grundsätzlich zu unterscheiden, denn sie  
551 folgen unterschiedlichen Logiken. Arbeitsmigration folgt der Nachfrage nach  
552 Arbeitskräften, die Aufnahme von Schutzsuchenden den humanitären  
553 Verpflichtungen. Gleichzeitig vertreten wir den pragmatischen Ansatz des  
554 „Spurwechsels“, wo immer er sinnvoll ist. Außerdem braucht es für beides –  
555 Arbeitsmigration und Asylrecht – wirksame Instrumente der Integration. Mit dem  
556 Chancenaufenthaltsrecht haben wir viele gut integrierte Menschen aus der Duldung  
557 geholt, ihnen eine echte Bleibeperspektive gegeben und gleichzeitig die  
558 Ausländerbehörden stark entlastet. Wir wollen eine funktionierende und  
559 pragmatische Flucht- und Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung verbindet.  
560 Dafür wollen wir wissenschaftliche Expertise stärker in politische  
561 Entscheidungen einbeziehen und ein beratendes Gremium mit Expert\*innen aus  
562 Wissenschaft, Forschung, der kommunalen Praxis und mit Betroffenen einrichten.

563 Eine Einwanderungsgesellschaft muss Perspektiven schaffen und Ankommen  
564 ermöglichen. Sie stellt aber auch Anforderungen an die, die zu uns kommen, sowie  
565 an alle, die schon länger hier leben, und gelingt nur, wenn wir zusammenkommen  
566 und einen gemeinsamen Weg einschlagen. Damit das gelingt, braucht es auch  
567 dauerhafte Strukturen. Insbesondere dort, wo es schon bisher an bezahlbarem



568 Wohnraum fehlte, an Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich  
569 die Herausforderungen verstärkt. Die Situation ist für viele herausfordernd, für  
570 einige überfordernd. Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die  
571 Kommunen mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell  
572 unterstützen. Dazu zählt das Angebot von bedarfsgerechten und guten  
573 Integrations- und Sprachkursen. Ergänzend wollen wir digitale Angebote zum  
574 Spracherwerb vom ersten Tag an schaffen. Bund, Länder, Kommunen und die  
575 Zivilgesellschaft haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den  
576 Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen.  
577 Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen sowie  
578 die vielen Freiwilligen haben dabei Unschätzbare geleistet.

579 Der stärkste Motor für Integration sind Arbeit und Beschäftigung. Denn dort, wo  
580 Menschen gemeinsam etwas schaffen, wächst unsere Gesellschaft zusammen. Wer  
581 arbeiten kann, soll arbeiten dürfen. Das haben wir geändert und werden  
582 bestehende Arbeitsverbote weiter abbauen sowie die Verfahren vereinfachen und  
583 beschleunigen. Wenn sich Arbeitgeber und Geflüchtete einig sind, sollte der  
584 Staat nicht mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Deswegen werden wir kurze  
585 Fristen einführen, nach denen arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt, wenn  
586 durch die Ausländerbehörde nicht aktiv Widerspruch eingelegt wird. So schaffen  
587 wir auch Planungssicherheit für Arbeitgeber und Geflüchtete. Mit frühzeitiger  
588 Beratung und einem Kompetenzcheck wollen wir sicherstellen, dass Menschen gute  
589 Perspektiven bekommen und ihre Qualifikationen einbringen können.

590 Für ein Land, das Schutz bietet

591 Weltweit fliehen so viele Menschen vor Krisen und Konflikten wie nie zuvor – die  
592 meisten innerhalb ihres Landes oder in Nachbarregionen. Hinzu kommen die sich  
593 verschärfende Klimakrise sowie wirtschaftliche und soziale Umstände, die  
594 Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Deswegen wollen wir Fluchtursachen  
595 bekämpfen. Mit vorausschauender Diplomatie, verlässlicher und ausreichend  
596 finanzierter humanitärer Hilfe in Krisenlagen, einer nachhaltigen  
597 Entwicklungszusammenarbeit und fairen Handelsbedingungen leisten wir hierzu  
598 unseren Beitrag und setzen uns dafür ein, dass andere Länder ebenso  
599 Verantwortung übernehmen.

600 Deutschland bietet vielen Menschen Schutz, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.  
601 So wie andere Länder für Deutsche zur Heimat wurden, verteidigen wir heute das  
602 Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen wie  
603 der Genfer Flüchtlingskonvention. Wir wollen schnelle und faire Verfahren und  
604 damit Klarheit für Betroffene und für die Kommunen schaffen. Wir stehen  
605 weiterhin zum Kirchenasyl. Asylrechtsänderungen sollen Integration unterstützen  
606 und nicht behindern. Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder –

607 auch um anzukommen und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den  
608 Familiennachzug ermöglichen und existierende Einschränkungen aufheben.

609 Nicht jede bzw. jeder, die bzw. der nach Deutschland kommt, kann bleiben. Wer  
610 nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen  
611 sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem  
612 keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die  
613 freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Ausreisepflichtige, die schwere  
614 Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Straftaten prioritär  
615 zurückgeführt werden.

616 Für eine europäische und internationale Flucht- und Migrationspolitik

617 Wir wollen eine gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben – mit  
618 einer fairen, verbindlichen und solidarischen Verteilung von Schutzsuchenden in  
619 Europa.

620 Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen wir auf  
621 nationaler Ebene grund- und menschenrechtskonform um. Menschenrechte müssen  
622 überall in der EU eingehalten werden – auch an den Außengrenzen. Dafür setzen  
623 wir uns für ein effektives Menschenrechtsmonitoring und ein konsequentes  
624 Vorgehen gegen illegale Pushbacks ein. Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler  
625 Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen  
626 im Asylverfahren berücksichtigt werden.

627 Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das  
628 Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen,  
629 die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in der EU inhaltlich geprüft  
630 werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten  
631 entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende  
632 viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen  
633 ablenken. Daher setzen wir auf die Zusammenarbeit mit Dritt- und Transitstaaten  
634 und auf Modelle, die sichere Migrationswege ermöglichen und ungeordnete  
635 Migration reduzieren.

636 Zugleich sehen wir, dass Putins Russland und Lukaschenkos Belarus das Recht auf  
637 Asyl auf dem Rücken von Geflüchteten für geopolitische Interessen missbrauchen.  
638 Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um  
639 die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden, insbesondere durch Staaten wie  
640 Russland und Belarus, zu verhindern. Die Entrechtung von Menschen, die durch  
641 autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, lehnen wir ab.

642 Das Recht auf Freizügigkeit und der Abbau von Schlagbäumen an den Binnengrenzen  
643 zählen zu den größten Errungenschaften in Europa. Der offene europäische  
644 Binnenmarkt ist ein Grundpfeiler unserer Wirtschaft. Dauerhafte stationäre  
645 Binnengrenzkontrollen lehnen wir deshalb ab. Für Freiheit und Sicherheit in  
646 Europa müssen wir aber wissen, wer nach Europa kommt. Daher sind  
647 rechtsstaatliche Kontrollen an den Außengrenzen und eine zuverlässige  
648 Registrierung der Menschen unabdingbar.

649 Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Wir treten weiter für eine  
650 staatliche EU-Seenotrettungsmission ein. Solange dies nicht erreicht ist, wollen  
651 wir die Förderung der zivilen Seenotrettung fortführen. Der Kriminalisierung der  
652 Seenotrettung oder humanitären Hilfe stellen wir uns entgegen.

653 Wir wollen Migration besser ordnen bzw. steuern und hierfür weitere  
654 menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen abschließen und bestehende zügig  
655 umsetzen. Das heißt: Wir schaffen durch Visaabkommen und  
656 Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte  
657 geregelte Migrationswege. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige  
658 zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben. Hierfür arbeiten wir stärker  
659 mit Herkunftsländern und Transitstaaten zusammen. Migrationsabkommen sollen auch  
660 bessere Lebensbedingungen vor Ort schaffen.

661 Wir wollen, dass besonders gefährdete Gruppen Schutz finden, ohne  
662 lebensgefährliche Fluchtrouten wählen zu müssen. Dazu wollen wir humanitäre  
663 Aufnahme- und Resettlementprogramme unterstützen und sichere und geordnete  
664 Migrationswege ermöglichen. Dabei braucht es eine kooperative Zusammenarbeit von  
665 Bund, Ländern, Städten und Gemeinden.

## 666 **B. Ein Leben in Sicherheit**

667 Für gute Polizeiarbeit gegen Kriminalität

668 Die Freiheit aller bedeutet uns alles. Aber ohne Sicherheit ist Freiheit wenig  
669 wert. Damit alle Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben  
670 können, müssen sie sicher sein und sich auch sicher fühlen. Eine gut  
671 ausgestattete, moderne Polizei ergänzt dabei eine wirksame Kriminalprävention.  
672 Engagierte Polizist\*innen leisten ihre wichtige Arbeit für unser Zusammenleben  
673 und unsere Bürger\*innenrechte, häufig unter hohem persönlichen Einsatz.

674 Wir wollen die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt (BKA) so aufstellen, dass  
675 sie das Personal, die Technik und auch die rechtsstaatlichen Befugnisse haben,  
676 die sie für eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen. Die gesetzlichen

677 Grundlagen der Polizeien des Bundes wie das Bundespolizeigesetz werden wir  
678 modernisieren und dabei auch Antworten auf neue Bedrohungen geben.

679 Wir wollen mit Investitionen auch dafür sorgen, dass die Polizei in modernen  
680 Liegenschaften und mit guter Ausrüstung arbeiten kann, auch digital.  
681 Kriminalität verlagert sich zunehmend in den digitalen Raum – die Polizei muss  
682 hier technisch mithalten können.

683 Um Kriminalität vorzubeugen, wollen wir ihre Entwicklung im Blick behalten und  
684 wissenschaftliche Expertise einbeziehen. Den periodischen Sicherheitsbericht,  
685 der diese Arbeit bündelt, wollen wir daher gesetzlich verankern.

686 Wir haben dafür gesorgt, dass es für Extremist\*innen in Zukunft schwieriger  
687 wird, legal in den Besitz von Waffen zu kommen. Die Anzahl an legalen und  
688 illegalen Schusswaffen hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Noch immer  
689 werden zu viele Gewalttaten mit Schusswaffen begangen, gerade im häuslichen  
690 Bereich. Daher werden wir die Verfügbarkeit von tödlichen Schusswaffen und  
691 anderer gefährlicher Waffen weiter einschränken.

692 Polizeiarbeit beruht auf Vertrauen. Mit dem Polizeibeauftragten des Bundes haben  
693 wir eine Anlaufstelle für Polizist\*innen und Bürger\*innen geschaffen, die wir  
694 stärken wollen. Mit einem Ticketsystem für Kontrollen, das die Gründe für  
695 Kontrollen darlegt, wollen wir polizeiliches Handeln transparenter machen. In  
696 der Aus- und Fortbildung wollen wir für Diversität sensibilisieren.

697 Wenn die Sicherheitsbehörden in Europa zusammenarbeiten, schaffen sie mehr  
698 Sicherheit für die Menschen in einem zusammenwachsenden Europa. Hierfür bauen  
699 wir die gemeinsamen Zentren der Polizei in den Grenzregionen aus. Die  
700 europäische Polizeibehörde Europol wollen wir zu einem Europäischen Kriminalamt  
701 weiterentwickeln und mit eigenen operativen Möglichkeiten ausstatten.

702 Für einen verstärkten Einsatz gegen Organisierte Kriminalität

703 Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist für uns ein Schwerpunkt.  
704 Kriminelle Gruppen bedrohen Menschen mit Gewalt und verursachen in Deutschland  
705 wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe. Ihre Auswirkungen sind weltweit zu  
706 spüren und zersetzen auch durch Gewalt und Korruption ganze Staaten. Eine  
707 wesentliche Triebfeder für die Organisierte Kriminalität ist der illegale  
708 Drogenhandel. Der Schaden für die Gesellschaft ist enorm, wenn kriminelle  
709 Gruppierungen legale Wirtschaftsbereiche wie zum Beispiel die Bauwirtschaft oder  
710 den Immobilienhandel unterwandern und so Preise in die Höhe getrieben werden.

711 Um dem entgegenzutreten, stärken wir die zuständigen kriminalpolizeilichen  
712 Bereiche des BKA, der Bundespolizei sowie des Zolls. Wir verbessern die  
713 Zusammenarbeit und den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden von Bund  
714 und Ländern mit der Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums Organisierte  
715 Kriminalität auf gesetzlicher Grundlage. Auch internationale Kooperationen  
716 werden wir stärken, zum Beispiel durch gemeinsame Ermittlungen oder den Einsatz  
717 von Kontaktbeamt\*innen in anderen Staaten. Die Kompetenzen der EUSTA wollen wir  
718 auf die grenzüberschreitende Bekämpfung der Organisierten Kriminalität  
719 ausweiten.

720 Wir wollen, dass Organisierte Kriminalität härter bestraft wird. Deswegen wollen  
721 wir den Straftatbestand der kriminellen Vereinigung weiterentwickeln, damit er  
722 ein scharfes und zielgenaues Instrument wird. Ein nachhaltiges Vorgehen gegen  
723 kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft  
724 gelingen und muss auf Prävention und Aufklärung setzen.

725 Für eine klare Kante gegen Geldwäsche und organisierten Steuerbetrug

726 Deutschland wird häufig als Geldwäscheparadies bezeichnet. Rund 100 Milliarden  
727 Euro aus schweren Straftaten werden jährlich in Deutschland „gewaschen“. Dem  
728 stellen wir uns entgegen: Mit klaren Regeln und schlagkräftig aufgestellten  
729 Behörden wie dem Bundesamt für die Bekämpfung der Finanzkriminalität, das wir zu  
730 einer Finanzpolizei ausbauen.

731 Wir müssen die Kriminellen dort treffen, wo es ihnen weh tut – beim Geld.  
732 Deswegen müssen wir es einfacher machen, Vermögen einzuziehen, das durch  
733 kriminelle Machenschaften erlangt wurde. Mit einer bundesweiten Servicestelle  
734 wollen wir die Expertise über den Missbrauch von Kryptowährungen bündeln und für  
735 die Länder nutzbar machen. Wir wollen es Kriminellen schwerer machen, ihr Geld  
736 mithilfe komplizierter Unternehmensstrukturen zu verstecken. Deswegen entwickeln  
737 wir das Transparenzregister für Unternehmen weiter.

738 Steuerhinterziehung und Manipulationen im Finanzmarkt kosten unsere  
739 Volkswirtschaft Milliardenbeträge. Wir werden Steuerschlupflöcher schließen,  
740 damit Betrugsfälle wie Cum-Ex und Cum-Cum der Vergangenheit angehören. Die  
741 Kapazitäten und Kompetenzen der Bundesebene zur Verfolgung schwerer  
742 Finanzkriminalität wollen wir deutlich steigern. Mehr Transparenz zu  
743 Unternehmenssteuern und Eigentumsverhältnissen und bessere Kapazitäten im  
744 Steuervollzug helfen dabei.

745 Für ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus und Terror

746 Extremismus – egal ob politisch oder religiös motiviert – sät Hass, spaltet  
747 unsere Gesellschaft und ist der Wegbereiter für Gewalt und Terror. Weil er sich  
748 stetig wandelt und durch Radikalisierung im digitalen Raum komplexer wird,  
749 müssen wir ihm aufmerksam und energisch entgegentreten und Instrumente  
750 entsprechend anpassen. Gerade junge Leute radikalisiert sich heute vermehrt im  
751 digitalen Raum.

752 Die größte Gefahr geht aktuell laut Bundesamt für Verfassungsschutz vom  
753 Rechtsextremismus aus. Und der Islamismus ist eine sehr ernste Bedrohung.

754 Mit frühzeitiger Prävention verhindern wir, dass Menschen in den Extremismus  
755 abrutschen – diese Arbeit wollen wir durch eine starke, dauerhafte Finanzierung  
756 sichern. Wir brauchen Programme wie „Demokratie leben!“, die über Islamismus  
757 aufklären, Angebote für Aussteiger\*innen aus der rechtsextremen Szene oder  
758 Deradikalisierungsprogramme für den Justizvollzug. Diese Arbeit wollen wir mit  
759 einem Demokratiefördergesetz gesetzlich absichern.

760 Extremistische Netzwerke müssen von den Sicherheitsbehörden intensiv beobachtet  
761 und Vereinsverbote konsequent ausgesprochen werden. Der Staat muss  
762 sicherstellen, dass Extremist\*innen keine öffentlichen Ämter bekleiden oder in  
763 Sicherheitsbehörden tätig sind. Verfassungsfeind\*innen müssen konsequent  
764 entwaffnet werden.

765 Wir werden unsere Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Terrorismus stärken und  
766 das BKA und den Verfassungsschutz dafür mit ausreichend Personal, Technik und  
767 rechtsstaatlichen Befugnissen ausstatten, damit sie Terrorist\*innen ausfindig  
768 machen und Anschläge rechtzeitig aufdecken können. Top-Gefährder\*innen  
769 müssen stets im Blick der Sicherheitsbehörden sein, lückenlos überwacht und – wo  
770 immer möglich – aus dem Verkehr gezogen werden. Damit das gelingt, muss  
771 europaweit einheitlich klar sein, wen wir als Gefährder\*innen in den Blick  
772 nehmen.

773 Auf nationaler Ebene müssen alle zuständigen Behörden von Bund und Ländern  
774 engstens in den Gemeinsamen Zentren zur Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten –  
775 mit klar geregelten Verantwortlichkeiten und einer soliden gesetzlichen Basis.  
776 Wir werden prüfen, ob die Sicherheitsbehörden alle notwendigen Befugnisse haben,  
777 um Terrorismus effektiv zu bekämpfen.

778 Deutschland wurde in den vergangenen Jahren durch viele furchtbare rechtsextreme  
779 und islamistische Terrorakte erschüttert. Im Umgang mit deren Opfern wurden  
780 viele Fehler gemacht. Daher wollen wir, dass die Unterstützung für die Opfer und  
781 deren Angehörige vom Staat weiter gestärkt wird. Damit sie eine zuverlässige

782 Anlaufstelle haben, haben wir das Amt des Opferbeauftragten geschaffen. Wir  
783 wollen die Aufarbeitung von Terroranschlägen fortführen und der Opfer angemessen  
784 gedenken.

785 Für einen krisenfesten Bevölkerungsschutz

786 Naturkatastrophen oder schwere Unglücke: Außerordentliche Ereignisse können das  
787 Leben Tausender Menschen im Handumdrehen auf den Kopf stellen, Existenzen  
788 vernichten und enorme Umweltschäden verursachen. Durch die Klimakrise werden  
789 Stürme, Überschwemmungen oder Dürreperioden weiter zunehmen.

790 Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz und eine gute Krisenprävention können  
791 dazu beitragen, Schäden abzuwenden oder zu verringern. Deutschland verfügt mit  
792 rund 1,7 Millionen Freiwilligen im Bevölkerungsschutz und seiner dezentralen  
793 Struktur über ein leistungsfähiges Hilfenetz. Wir wollen das Ehrenamt bei der  
794 freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk oder den Hilfsorganisationen  
795 unterstützen und fördern – zum Beispiel mit guten Freistellungsregelungen oder  
796 Erleichterungen für Ehrenamtliche.

797 Ein leistungsfähiger Bevölkerungsschutz braucht gute Liegenschaften, zeitgemäße  
798 Ausrüstung und moderne Fahrzeuge. Wir werden weiter in den Bevölkerungsschutz  
799 investieren und die Warninfrastruktur ausbauen. Wir wollen, dass sich der Bund  
800 stärker engagiert, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe  
801 (BBK) mehr Kompetenzen bekommt und die länderübergreifende Zusammenarbeit  
802 ausgebaut wird.

803 Für die Verbindung von innerer und äußerer Sicherheit

804 Damit unser Land sicher bleibt, damit unsere Stromnetze, Mobilfunkdienste oder  
805 Server geschützt sind – unsere Kritische Infrastruktur (KRITIS), die für unseren  
806 Wohlstand entscheidend ist –, müssen wir die innere und äußere Sicherheit  
807 stärker zusammendenken. Denn Grenzen zwischen kriminellen oder terroristischen  
808 Organisationen und Staaten verschwimmen immer mehr. Länder wie Russland nutzen  
809 gezielt hybride Angriffe, Sabotageaktionen und Einflusskampagnen, um in  
810 Deutschland und Europa Angst zu schüren, Bündnisse zu destabilisieren und  
811 Schaden zuzufügen. Beschädigungen von Datenkabeln und KRITIS, Drohnenüberflüge  
812 an Bundeswehrstandorten oder Brandsätze in der Luftfracht haben gezeigt, wie  
813 verletzlich unsere Infrastruktur bzw. wie konkret die Bedrohung ist. Für uns ist  
814 ein integrierter Sicherheitsbegriff leitend, den wir in der Nationalen  
815 Sicherheitsstrategie verankert haben.

816 Die Nachrichtendienste spielen in der inneren und äußeren Sicherheit eine

817 wichtige Rolle. Sie müssen angemessen ausgestattet sein und brauchen dringend  
818 eine gute Gesetzesgrundlage, damit sie Gefahren erkennen und bewältigen können.  
819 Das Bundesamt für Verfassungsschutz werden wir in der Spionageabwehr und den  
820 Bundesnachrichtendienst in der Auslandsaufklärung so aufstellen, dass sie besser  
821 als bisher die Demokratie vor Angriffen schützen können. Den Militärischen  
822 Abschirmdienst wollen wir so aufstellen, dass er seine Aufgaben wahrnehmen und  
823 die Angehörigen der Bundeswehr weltweit gut schützen kann. Die europäische  
824 Zusammenarbeit wollen wir durch die Gründung einer Europäischen  
825 Nachrichtendienstagentur verbessern. Wir setzen auf rechtsstaatlich handelnde  
826 Nachrichtendienste und parlamentarische Kontrolle.

827 Mit dem KRITIS-Dachgesetz, das konkrete Sicherheitsstandards formuliert, haben  
828 wir einen Grundstein gelegt. Es braucht aber eine weitere Stärkung unserer  
829 Infrastruktur und zugleich einer resilienten Wirtschaft. Wir wollen, dass unsere  
830 Infrastrukturen sicher sind, die Kontrolle darüber hier verbleibt und unsere  
831 Schlüsseltechnologien geschützt werden. Mit einem Investitionsschutzgesetz  
832 wollen wir Schlupflöcher beim Erwerb von KRITIS durch ausländische  
833 Investor\*innen schließen.

834 Für IT-Sicherheit und gegen systematische Desinformation

835 Autoritäre Staaten und andere Akteure nutzen systematisch  
836 Desinformationskampagnen, um unsere Demokratie anzugreifen, unsere Wahlen zu  
837 beeinflussen und unsere Gesellschaften zu spalten. Das ist eine massive  
838 Herausforderung, vor der alle demokratischen Gesellschaften weltweit stehen und  
839 die auch den Zusammenhalt und die Demokratie in unserem Land gefährdet. Deswegen  
840 braucht es wachsame Institutionen und verlässliche Informationen, beispielsweise  
841 durch unabhängige Medien. Medienbildung kann die Menschen bei der Erkennung von  
842 Desinformation unterstützen. Zudem sehen wir in anderen demokratischen  
843 Gesellschaften, wie wichtig es ist, Stellen zu haben, die Deepfakes, groß  
844 angelegte und gesteuerte Kampagnen mit Falschnachrichten und andere, die  
845 Demokratie zersetzende Inhalte frühzeitig erkennen. Die großen Medienplattformen  
846 werden wir in die Pflicht nehmen, wirksame Maßnahmen gegen die Verbreitung von  
847 Desinformation vorzunehmen. Die systematische Verbreitung von Desinformation im  
848 Auftrag eines fremden Staates wollen wir strafrechtlich fassen. Wir werden zur  
849 Bekämpfung von systematischer Desinformation und Organisierter Kriminalität  
850 sowie dem grenzenlosen Ausweiten von Hass und Hetze durch Bots anonymisierte  
851 Accounts, die derzeit strafrechtlich kaum verfolgt werden können, angehen und  
852 dafür die effektiven Möglichkeiten der deutschen Strafverfolgungsbehörden im  
853 digitalen Raum verbessern.

854 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sichert die pluralistische, staatsferne und  
855 unabhängige Berichterstattung und kann daher ein Punkt der Orientierung auch im



856 Angesicht von Desinformationskampagnen sein. Es ist wichtig, dass er diese  
857 bewährte Funktion auch im Digitalen ausfüllen kann. Die dafür nötigen Reformen  
858 sichern wir mit einer auskömmlichen Finanzierung und verlässlichen  
859 Rahmenbedingungen. Auf europäischer Ebene unterstützen wir eine Plattform, die  
860 länderübergreifend die öffentlich-rechtlichen Informationsangebote zusammenführt  
861 und zugänglich macht.

862 Die deutsche Wirtschaft erleidet jährlich einen Schaden von mehr als 200  
863 Milliarden Euro durch Cyberangriffe, Datendiebstahl und Spionage. Diese Angriffe  
864 kommen hauptsächlich aus dem Ausland, insbesondere aus China und Russland. Wir  
865 werden mit einem Cybersicherheitsstärkungsgesetz unsere IT-Infrastruktur härten  
866 und widerstandsfähiger gegen Angriffe machen. Das Bundesamt für Sicherheit in  
867 der Informationstechnik muss eine stärkere Rolle beim Schutz digitaler  
868 Infrastruktur bekommen und zur Zentralstelle ausgebaut werden. Unser Ziel ist  
869 es, digitale Netze und Einrichtungen durch hohe IT-Sicherheitsanforderungen  
870 robust gegen Hackerangriffe zu machen. Mit „digitalen Botschaften“ wollen wir  
871 relevante öffentliche Datenbanken im europäischen Verbund absichern, um sie auch  
872 in Krisenfällen vorzuhalten. Wir werden die europäische Richtlinie zur  
873 Cybersicherheit bürokratiearm und zügig umsetzen.

874 Für die Verteidigung von Frieden und Freiheit

875 Russlands Überfall auf die Ukraine verdeutlicht, dass Frieden, Freiheit und  
876 Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen immer wieder aufs Neue  
877 verteidigt und gestärkt werden. Frieden erfordert gerade in diesen Zeiten  
878 Diplomatie und Kooperation, ebenso wie Widerstands- und Wehrfähigkeit. Dafür  
879 braucht es eine europäische Anstrengung. Es braucht eine umfassend angelegte  
880 Herangehensweise, um dem Spektrum an Herausforderungen und Bedrohungen zu  
881 begegnen. Sicherheitspolitik ist mehr als die Summe aus Diplomatie und Militär;  
882 sie muss alle Stränge unserer Politik zusammenführen. Integrierte Sicherheit für  
883 Deutschland heißt: innere und äußere Sicherheit zusammenzudenken sowie den  
884 Schutz unserer Demokratie und unseres Sozialstaates zu sichern – im Einklang mit  
885 einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik sowie einer starken  
886 internationalen Klimapolitik. All diese Elemente einer integrierten Sicherheit  
887 brauchen eine verlässliche Finanzierung.

888 Mit dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 sind wir  
889 in einer anderen Welt aufgewacht. Millionen Ukrainer\*innen verteidigen seither  
890 Tag für Tag ihr Leben, ihre Freiheit und die europäische Friedensordnung gegen  
891 die brutale Aggression Russlands. Dabei stehen wir fest an ihrer Seite – mit  
892 diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung. Die  
893 Ukraine muss in der Lage sein, sich zu verteidigen und eine starke Position für  
894 einen möglichen Friedensprozess sicherzustellen. Das ist auch unser bester

895 Eigenschutz hier im Herzen Europas. Die Souveränität der Ukraine in europäischer  
896 Solidarität muss sichergestellt sein. Wir unterstützen die vielfältigen  
897 diplomatischen Friedensbemühungen der Ukraine und ihrer Partner unter dem  
898 Grundsatz: „Nichts über die Ukraine, ohne die Ukraine“. Zudem bekräftigen wir  
899 das Recht auf freie Bündniswahl und unterstützen die Ukraine auf ihrem Weg zur  
900 Mitgliedschaft in der EU und NATO.

### 901 **C. Eine starke Europäische Union**

902 Für eine EU, die unsere Demokratie verteidigt

903 Die EU ist das erfolgreichste Friedensprojekt und Basis für unseren  
904 wirtschaftlichen Erfolg. Sie ist die Antwort auf zwei Weltkriege und den  
905 Holocaust. Sie ist unsere Lebensversicherung für Frieden, Sicherheit und  
906 Wohlstand. Aber der europäische Zusammenhalt ist bedroht: von außen durch  
907 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen unsere europäische  
908 Friedensordnung, von innen durch Extremist\*innen und Populist\*innen. Deshalb  
909 wollen wir die EU stärken. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen  
910 wir dafür besondere Verantwortung. Nationale Alleingänge lehnen wir ab und ein  
911 ständiges „German Vote“ ist schädlich. Wir arbeiten an einem Europa, das nach  
912 innen durch Freiheit und Demokratie geeint ist, das soziale Sicherheit  
913 garantiert und das nach außen kooperative Angebote und robuste Antworten auf die  
914 großen Aufgaben gibt, die uns die Entwicklung der Welt bereithält. Deshalb  
915 wollen wir die EU erweitern, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren. Parallel  
916 werden wir die EU reformieren, um sie handlungsfähiger zu machen. Und wir müssen  
917 die europäische Demokratie mit ihrem klaren Wertefundament wehrhaft machen.  
918 Europe United ist auch unsere Antwort auf Trumps America first.

919 Unsere Grundwerte bilden das Fundament der EU. Wenn Mitgliedstaaten dagegen  
920 verstoßen, kann das nicht folgenlos bleiben. Wir wollen das  
921 Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags nutzbar machen, indem in  
922 allen Stufen des Verfahrens Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen  
923 werden können. Den Rechtsstaatsdialog möchten wir stärken sowie die Freiräume  
924 der Zivilgesellschaft gezielter und europaweit schützen. Für uns gilt außerdem:  
925 keine EU-Gelder für Antidemokrat\*innen. Wir wollen mit dem  
926 Konditionalitätsmechanismus im nächsten EU-Haushalt sicherstellen, dass  
927 Regierungen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit untergraben, keine  
928 europäischen Gelder mehr bekommen.

929 Um die EU bürgernäher und demokratischer zu gestalten, soll das Europäische  
930 Parlament ein vollwertiges Initiativrecht für die Einbringung von Gesetzen  
931 bekommen. In Zukunft soll ein Teil der Abgeordneten über transnationale Listen  
932 gewählt werden. Bürger\*innen sollen breiter und effektiver beteiligt werden, die

933 Europäische Bürgerinitiative wollen wir stärken.

934 Für eine handlungsfähige EU

935 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem  
936 geopolitischen Interesse. Wir unterstützen den Beitrittswunsch der  
937 Westbalkanstaaten, der Ukraine und Moldaus, sofern sie alle Beitrittskriterien  
938 erfüllen. Wir sehen den mutigen und unermüdlichen Einsatz der proeuropäischen  
939 Kräfte in Georgien und möchten diese unterstützen, um Georgien eine Zukunft in  
940 der EU zu ermöglichen. Auch eine demokratische Türkei hat ihren Platz in der EU,  
941 doch eine Wiederaufnahme der Beitrittsgespräche setzt einen glaubhaften  
942 Kurswechsel bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit voraus.

943 Mit dem Ziel einer starken, handlungsfähigeren EU möchten wir die laufende  
944 Legislatur zu einer Reformlegislatur machen. Dafür soll das Prinzip der  
945 Einstimmigkeit in allen Politikbereichen – auch in der Gemeinsamen Außen- und  
946 Sicherheitspolitik – durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden. Wo Reformen  
947 mit allen Mitgliedstaaten nicht möglich sind, soll eine „Koalition der Willigen“  
948 vorangehen können, die stets offen für alle Mitgliedsländer ist. Besonders mit  
949 Frankreich und Polen wollen wir die EU gemeinsam voranbringen. Deshalb haben wir  
950 so stark in die deutsch-französische Kooperation und das Weimarer Dreieck  
951 investiert. Unsere Vision ist eine Föderale Europäische Republik mit eigener  
952 Verfassung.

953 Nur ein starkes Europa ist in der Lage, der Wirtschaft im globalen Wettbewerb  
954 den Rücken zu stärken und damit gute Jobs zu sichern. Für die dringend  
955 benötigten Investitionen in Infrastruktur und den klimaneutralen Ausbau der  
956 europäischen Wirtschaft muss der nächste EU-Finanzrahmen stärker auf Innovation  
957 und auf die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ausgerichtet werden.  
958 Europäische öffentliche Güter wie Infrastruktur, Erasmus, grenzüberschreitende  
959 Forschung oder gemeinsamen europäischen Grenzschutz werden wir stärken. Daneben  
960 braucht es verbindliche Ziele für den Klima- und Naturschutz und eine starke  
961 soziale Säule.

962 Dafür braucht es aber auch mehr Finanzkraft auf europäischer Ebene. Wir wollen  
963 die finanzielle Ausstattung der EU durch neue Eigenmittel verbessern. Einnahmen,  
964 die durch europäische Instrumente entstehen, sollen mehrheitlich dem EU-Haushalt  
965 zugutekommen. Sollten die USA die globalen Vereinbarungen über die Besteuerung  
966 digitaler Großkonzerne nicht mehr umsetzen, setzen wir uns in der EU für eine  
967 Europäische Digitalkonzernsteuer ein. Für die Bewältigung großer  
968 Herausforderungen haben sich zudem gemeinsame europäische Anleihen bewährt, etwa  
969 im Rahmen der Europäischen Investitionsbank.

## 970 **D. Außen- und Sicherheitspolitik in Verantwortung**

### 971 Für eine aktive Außenpolitik

972 Als Teil der Bundesregierung haben wir in schwierigen Zeiten Verantwortung  
973 übernommen, sind daran gewachsen und stehen bereit, diese weiterhin zu tragen.  
974 Dieser Verantwortung werden wir mit einer aktiven Außenpolitik in starken  
975 Bündnissen gerecht – für ein starkes Deutschland, in einem friedlichen Europa,  
976 in einer stabilen Welt.

977 Die EU ist Garant für Frieden und Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Die EU  
978 als weltpolitische Akteurin steht im Zentrum unserer Außenpolitik. Gemeinsam  
979 stehen wir an der Seite der Ukraine – so lange und so entschlossen, bis die  
980 Ukrainer\*innen wieder in Frieden leben können. Frieden ist mehr als die  
981 Abwesenheit von Krieg. Frieden ist ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde.

982 Putins Russland stellt derzeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit  
983 in Europa dar. Wir setzen auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische  
984 Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern, den ökonomischen Druck  
985 auf das Regime erhöhen und unsere eigene Handlungsfähigkeit wahren. Wir reichen  
986 denjenigen Russ\*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen  
987 Zivilgesellschaft glaubwürdig für ein Ende des Kriegs, für Frieden und Freiheit  
988 einsetzen.

989 Die USA sind Europas zentraler Partner bei globalen Krisen und Konflikten. Trotz  
990 aller Unterschiede und Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Ausrichtung der  
991 USA verbinden uns gemeinsame Werte, Interessen sowie tiefe kulturelle,  
992 historische und gesellschaftliche Bande. Auch zukünftig werden wir für die USA  
993 ein verlässlicher Verbündeter bleiben. Gleichzeitig müssen wir die europäische  
994 Souveränität stärken, geschlossen und entschlossen für unsere Werte und  
995 Interessen eintreten und politische Differenzen ehrlich und offen ansprechen.

996 Wir bleiben fest in unseren Bündnissen verankert. Zugleich sind wir auf  
997 vielfältige und robuste Partnerschaften angewiesen – vor allem im Globalen  
998 Süden. Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit Ländern in Asien, Afrika,  
999 Lateinamerika und Nahost gezielt ausbauen und um Partnerschaften basierend auf  
1000 gegenseitigem Vertrauen und gemeinsamen Interessen werben. So gewinnen wir  
1001 Verbündete für die Reform des multilateralen Systems, für globale  
1002 Herausforderungen wie den Kampf gegen den Klimawandel und in der systemischen  
1003 Auseinandersetzung mit autoritären Regimen.

1004 China versucht zunehmend aggressiv, das internationale System nach seinen

1005 Interessen umzubauen und den militärischen Druck in der Straße von Taiwan zu  
1006 erhöhen. Für uns ist China systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, doch  
1007 die Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings. Mit der ersten China-  
1008 Strategie der Bundesregierung haben wir begonnen, die jahrelange Naivität in der  
1009 deutschen China-Politik zu beenden – diese gilt es nun konsequent umzusetzen und  
1010 weiterzuentwickeln. Wir stärken unsere Zusammenarbeit mit Partnerstaaten im  
1011 Indopazifik, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Handel und Klima.

1012 Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die  
1013 Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem  
1014 Holocaust auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns  
1015 unverhandelbar. Wir stehen ein für die Sicherheit von Jüdinnen und Juden und das  
1016 Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser\*innen. Dauerhafte Sicherheit für  
1017 Israelis und Palästinenser\*innen ist nur durch einen politischen Prozess und  
1018 eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich.  
1019 Dafür setzen wir uns ein. Aus unserer Geschichte ergibt sich auch die  
1020 Verantwortung, für das humanitäre Völkerrecht einzutreten, um menschliches Leid  
1021 zu verhindern und Warnsignale ernst zu nehmen. Deswegen haben wir uns so  
1022 intensiv dafür eingesetzt, dass die von der Hamas festgehaltenen Geiseln befreit  
1023 werden, die Zivilbevölkerung geschützt wird, die humanitäre Hilfe die Menschen  
1024 erreicht und es zu einem Waffenstillstand kommt. Das Leid in Gaza ist  
1025 unerträglich. Jedes Menschenleben ist gleich viel wert. Menschlichkeit ist  
1026 unteilbar.

1027 Das Ende des Assad-Regimes in Syrien ist ein Aufatmen der syrischen Bevölkerung  
1028 nach jahrzehntelanger Unterdrückung, Vertreibung und Folter. Damit verbunden ist  
1029 die Hoffnung vieler Syrer\*innen auf ein Leben in Frieden und Freiheit. Auf  
1030 diesem Weg wollen wir sie zusammen mit unseren Partnern unterstützen.

1031 Das iranische Regime begeht massive Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land  
1032 und destabilisiert die ganze Region. Wir werden die Sanktionen gegen die  
1033 Verantwortlichen des Regimes fortlaufend prüfen und weiterentwickeln sowie ihre  
1034 Einhaltung streng überprüfen. Dazu gehört auch die rechtssichere Terrorlistung  
1035 der Revolutionsgarden. Es braucht zudem weiter diplomatische Anstrengungen, um  
1036 die nukleare Bewaffnung des Irans zu verhindern.

1037 Wir setzen uns für eine vorausschauende und kohärente Außen-, Sicherheits- und  
1038 Entwicklungspolitik ein, die Krisen und Konflikte frühzeitig erkennt und mit  
1039 gezielten und koordinierten Maßnahmen menschliches Leid verhindert. Grundlage  
1040 dafür ist ein gemeinsames Lagebild über die Bedrohungen, Risiken und Chancen für  
1041 unsere Sicherheit sowie eine starke ressortübergreifende Koordination.

1042 Für einen zukunftsfesten Multilateralismus

1043 Die regelbasierte internationale Ordnung ist das Fundament unseres Friedens. Die  
1044 multilaterale Zusammenarbeit und starke internationale Organisationen sind der  
1045 Schlüssel zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Diese Ordnung gerät  
1046 zunehmend unter Druck: Verstöße gegen die gemeinsamen Regeln nehmen zu,  
1047 Abschottung und Protektionismus sind auf dem Vormarsch. Wir treten ein für eine  
1048 Welt, in der sich Kooperation vor Konkurrenz und Krieg behauptet und die Stärke  
1049 des Rechts über das Recht des Stärkeren triumphiert.

1050 Mit dem UN-Zukunftspakt haben wir den Grundstein für eine Reform der UN gelegt.  
1051 Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, mit der wir eine gerechtere  
1052 Repräsentanz der Weltregionen gewährleisten wollen. Wir wollen diese  
1053 Vereinbarungen nun gemeinsam mit den UN-Mitgliedstaaten umsetzen.

1054 Mehr Verantwortung in den UN erfordert von Deutschland und der EU, ihr  
1055 Engagement diplomatisch, finanziell und personell weiter zu verstärken. Mittel  
1056 für humanitäre Hilfe sollen flexibler eingesetzt und mehrjährig vergeben werden,  
1057 um Herausforderungen in fragilen Kontexten gerecht zu werden und die Planbarkeit  
1058 zu verbessern. Während die UN eine unverzichtbare Rolle in der humanitären Hilfe  
1059 einnehmen, wollen wir auch lokale humanitäre Organisationen weiter stärken.  
1060 Durch humanitäre Diplomatie tragen wir dazu bei, dass die Hilfe bei der  
1061 notleidenden Bevölkerung ankommt und Helfer\*innen geschützt sind.

1062 Aus unserer historischen Verantwortung für die Verbrechen der Nazi-Herrschaft  
1063 sowie der Kolonialvergangenheit ergibt sich für uns eine besondere Verpflichtung  
1064 zum Schutz des Völkerrechts. Als internationale Gemeinschaft tragen wir  
1065 Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und diese  
1066 strafrechtlich zu ahnden. Deswegen wollen wir die internationale  
1067 Strafgerichtsbarkeit und das Völkerstrafrecht stärken und seine Fortentwicklung  
1068 aktiv vorantreiben. Denn niemand steht über dem Völkerrecht. In enger Abstimmung  
1069 mit unseren internationalen Partnern setzen wir uns für die strafrechtliche  
1070 Verfolgbarkeit des Verbrechens der Aggression ein.

1071 Für Menschenrechte und demokratische Entwicklung

1072 Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat einer wehrhaften Demokratie und  
1073 eines nachhaltigen Friedens. Menschen, die sich weltweit für Demokratie, Frauen-  
1074 und Menschenrechte einsetzen, geraten zunehmend unter Druck. Autoritäre Regime  
1075 schränken die Meinungs- und Pressefreiheit ein, unterdrücken  
1076 zivilgesellschaftliches Engagement, bedrohen Aktivist\*innen und verfolgen  
1077 Dissident\*innen – auch im Ausland. In diesem Systemwettbewerb setzen wir uns  
1078 entschlossen für die liberale Demokratie ein und stärken dadurch auch unsere  
1079 Sicherheit, unsere Freiheit und unseren Wohlstand.

1080 Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrem Kampf für  
1081 Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit gezielt und unkompliziert unterstützen.  
1082 Dazu gehören auch Schutzprogramme für Menschenrechtsverteidiger\*innen – vor Ort  
1083 oder notfalls im Exil. Auch Deutschland ist ein sicherer Zufluchtsort für viele  
1084 verfolgte Menschenrechtsverteidiger\*innen. Wir wollen die Aufnahme von besonders  
1085 gefährdeten Aktivist\*innen durch humanitäre Visa und beschleunigte Verfahren  
1086 weiter unterstützen sowie den Schutz vor transnationaler Repression durch  
1087 gemeinsame europäische Ermittlungen und Sanktionen gegen die Verantwortlichen  
1088 verbessern.

1089 Gerade in Krisenzeiten kann Kultur Brücken bauen und gegenseitiges Verständnis  
1090 fördern. Deswegen wollen wir Mittlerorganisationen der auswärtigen Kultur- und  
1091 Bildungspolitik stärken und internationale Forschungskooperationen ausbauen. Mit  
1092 ehemaligen deutschen Kolonien wie Namibia haben wir den Versöhnungs- und  
1093 Aufarbeitungsprozess vorangetrieben und Verantwortung für unsere Vergangenheit  
1094 übernommen. Diese Schritte werden wir konsequent fortführen.

1095 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, resilienter und  
1096 wirtschaftlich erfolgreicher. Eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik  
1097 bedeutet, die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und  
1098 marginalisierten Gruppen weltweit zu stärken. Wir wollen unseren Einsatz gegen  
1099 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt verstärken, Überlebende besser  
1100 unterstützen, den Schutz von queeren Menschen vor Diskriminierung und Gewalt  
1101 vorantreiben, Geschlechtergerechtigkeit in allen Projekten der internationalen  
1102 Zusammenarbeit stärker verankern und mehr Mittel für Frauenrechtsorganisationen  
1103 bereitstellen. Denn Gesellschaften sind immer nur so stark, wie Frauen an der  
1104 Gesellschaft teilhaben.

1105 Das sehen wir insbesondere in den Ländern, in denen Frauenrechte mit Füßen  
1106 getreten werden – wie in Afghanistan, im Iran oder unter der  
1107 Schreckensherrschaft des sogenannten Islamischen Staates (IS). Wir setzen uns  
1108 weiterhin für die Rechte und Unterstützung von Frauen in Afghanistan ein, stehen  
1109 an der Seite der feministischen Protestbewegung im Iran und wollen Jesid\*innen,  
1110 die besonders schlimmes Leid und Vertreibung durch den IS erfahren haben, weiter  
1111 schützen. Wir fordern die Innenminister\*innen der Länder dazu auf, einen  
1112 bundesweiten Abschiebestopp in den Iran und von Jesid\*innen zu beschließen.

1113 Für die Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt

1114 Unsere Sicherheit ist eingebettet in der EU und der NATO. Wir stärken den  
1115 europäischen Pfeiler der NATO. Deutschland und Europa müssen unabhängig von der  
1116 US-Politik mehr Verantwortung für ihre Sicherheit und darüber hinaus übernehmen.  
1117 Das können wir wirksamer und kosteneffizienter bewerkstelligen, je enger wir in

1118 der EU zusammenarbeiten.

1119 Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen und dem damit verbundenen  
1120 notwendigen Ausbau unserer Fähigkeiten. Dafür braucht es verlässliche  
1121 Finanzierung mit einem Verteidigungsetat, der dauerhaft die in der NATO  
1122 vereinbarten und auch national definierten Ziele und Bedarfe erfüllt und dafür  
1123 dauerhaft deutlich mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere  
1124 Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit investiert. Dies wird nicht allein aus  
1125 laufenden Einnahmen finanzierbar sein, sondern wird mittelfristig auch über eine  
1126 höhere Kreditaufnahme finanziert werden müssen. Wie zu Zeiten der Eurokrise und  
1127 der Pandemie braucht es auch auf europäischer Ebene eine gemeinsame finanzielle  
1128 Kraftanstrengung zur Friedenssicherung in Europa, wie es die Europäische  
1129 Kommission vorgeschlagen hat. Damit wollen wir auch europäische Synergieeffekte  
1130 nutzen.

1131 Es ist in unserem Interesse, auch global für Frieden und Stabilität zu wirken  
1132 und menschliche Sicherheit in den Fokus zu rücken. Dabei setzen wir auf zivile  
1133 Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, die eng mit unseren europäischen  
1134 Partnern abgestimmt ist. Die Fähigkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren,  
1135 der EU und UN, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
1136 (OSZE) sowie von Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir  
1137 dahingehend stärken.

1138 Gerade in diesen Zeiten, in denen einige wenige wieder mit dem Einsatz von  
1139 Atomwaffen drohen, ist es entscheidend, dass wir Abrüstungsinitiativen und  
1140 Rüstungskontrollen vorantreiben. Nur mit gemeinsamen Abrüstungsschritten  
1141 schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle und wahren Frieden und  
1142 Stabilität. Dieser Einsatz ist und bleibt Pfeiler jeder Friedenspolitik.

1143 Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist durch den aggressiven Imperialismus  
1144 Russlands in weite Ferne gerückt. Dennoch bleibt es richtig. Wir werden den  
1145 Vertrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen stärken, den  
1146 Atomwaffenverbotsvertrag weiterhin konstruktiv begleiten und die Zusammenarbeit  
1147 mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ausbauen. Es braucht dringend neue  
1148 Regeln in den Bereichen autonome Waffen, Cyber und Weltraum. Entwicklungen in  
1149 diesen Bereichen verändern grundlegend, wie Kriege geführt werden. Für uns ist  
1150 klar: Wir halten die Entwicklung und den Einsatz von letalen vollautonomen  
1151 Waffensystemen, die gänzlich ohne menschliche Kontrolle über Leben und Tod  
1152 entscheiden, für falsch. Deswegen setzen wir uns intensiv auf internationaler  
1153 Ebene für eine Ächtung ein.

1154 Die internationale Rüstungskontrollarchitektur wird in Zeiten von Krieg und  
1155 Krisen extrem herausgefordert. Wir stärken die Sicherheit aller Menschen, indem



1156 wir mit unseren Partnern unsere Verpflichtungen zu völkerrechtlichen Verträgen  
1157 auch in schwierigen Zeiten aufrechterhalten.

1158 Für eine moderne, verteidigungsfähige Bundeswehr

1159 Die Bundeswehr ist ein Grundpfeiler unserer Wehrhaftigkeit. Als fest in die NATO  
1160 integrierte Armee dient sie der Wahrung von Frieden und Stabilität. Angesichts  
1161 der veränderten Sicherheitslage in Europa rückt der Kernauftrag der Bundeswehr –  
1162 die Landes- und Bündnisverteidigung – wieder ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit.  
1163 Es geht wieder darum, unseren Frieden und unsere Sicherheit im äußersten Notfall  
1164 auch militärisch zu verteidigen und potenzielle Aggressoren wirksam abzuschrecken  
1165 und von Angriffen abzuhalten.

1166 Auch global wachsen die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Unsere  
1167 internationale Verantwortung werden wir deshalb auch weiterhin in  
1168 internationalen Friedenseinsätzen annehmen. Auslandseinsätze der Bundeswehr  
1169 müssen in multilateralen Bündnissen verankert und in ein politisches  
1170 Gesamtkonzept eingebettet sein, bei dem diplomatische, entwicklungspolitische  
1171 und militärische Maßnahmen ineinandergreifen. Wir wollen die parlamentarische  
1172 Mitbestimmung und Kontrolle weiter verbessern und dafür die Evaluierung von  
1173 Einsätzen verstetigen.

1174 Als einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik hat die Bundeswehr eine  
1175 große gesellschaftliche Verantwortung für alle, die in ihr dienen und dienen.  
1176 Wir stehen ein für eine Bundeswehr, die die Vielfalt unserer Gesellschaft  
1177 abbildet und für alle Menschen ein sicherer Ort ist. Auch nach dem Ausscheiden  
1178 aus dem Dienst muss klar sein: Wer bereit war, sein Leben für den Frieden  
1179 einzusetzen, hat unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung verdient.

1180 Um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen, wollen wir den  
1181 freiwilligen Wehrdienst und die Reserve für eine breite Zielgruppe attraktiver  
1182 machen und durch gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für Soldat\*innen Personal  
1183 langfristig binden. Für den potenziellen Verteidigungsfall braucht es schnelle  
1184 Rekrutierungsmechanismen – unterstützt durch eine neue Form der Wehrrfassung,  
1185 die auch den Zivil- und Heimatschutz stärkt. Darüber hinaus wollen wir die  
1186 Kooperation von Streitkräften innerhalb der EU und NATO zur Regel machen,  
1187 beispielsweise durch ständige multinationale Einheiten.

1188 Wir wollen unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen und unsere Bundeswehr  
1189 mithilfe einer leistungsfähigen europäischen Rüstungsindustrie gut und modern  
1190 ausstatten. Ineffiziente Doppelstrukturen unter EU-Mitgliedstaaten wollen wir  
1191 zugunsten gemeinsamer Entwicklung, Produktion und Beschaffung von Rüstungsgütern

1192 abbauen. Dafür braucht es finanzielle Anreize, gemeinsame Investitionen und den  
1193 politischen Willen, um nationale industriepolitische Interessen in den Dienst  
1194 von mehr gemeinsamer Sicherheit zu stellen. Ein bedarfsorientierter europäischer  
1195 Rüstungsmarkt und eine restriktive gemeinsame Exportpolitik sind zwei Seiten  
1196 einer Medaille. Wir wollen klare, transparente und an Menschenrechten, unseren  
1197 Werten und Sicherheitsinteressen orientierte Kriterien für Rüstungsexporte auf  
1198 nationaler und europäischer Ebene gesetzlich verankern – mit vorangehenden  
1199 Risikoanalysen, einklagbaren Sanktionsmöglichkeiten und Endverbleibskontrollen.

1200 Für globalen Klimaschutz

1201 Die Klimakrise ist eine der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts: Sie  
1202 zerstört Lebensgrundlagen, verstärkt Konflikte und zwingt Menschen zur Flucht.  
1203 Es ist in unserem unmittelbaren Interesse, die Klimakrise und ihre Folgen  
1204 abzumildern.

1205 Viele Staaten haben die Chancen ambitionierter Klimapolitik erkannt: Die  
1206 Energiewende und nachhaltige Technologien stabilisieren nicht nur das Klima, sie  
1207 schaffen auch massive wirtschaftliche Wachstumsmöglichkeiten. Mit konsequenter  
1208 Klimapolitik hierzulande und effektiver Klimaaußenpolitik machen wir Deutschland  
1209 zum Vorreiter und unterstützen gleichzeitig andere Staaten auf ihrem Weg zu  
1210 klimaneutralem Wohlstand.

1211 Im Rahmen der Klimakonferenzen haben wir trotz widrigster Umstände erfolgreich  
1212 für eine Abkehr von den fossilen Energien gestritten, die Energiewende  
1213 beschleunigt und Klimagerechtigkeit entschieden vorangetrieben. Wir haben  
1214 gezeigt: Es macht einen Unterschied, wenn Grüne am Verhandlungstisch sitzen.  
1215 Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

1216 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland und Europa ihren fairen Beitrag zur  
1217 internationalen Klimafinanzierung leisten, entsprechend der Beschlüsse der  
1218 internationalen Klimakonferenz COP. Dafür wollen wir innovative  
1219 Finanzierungsinstrumente nutzen und gemeinsam mit unseren Partnern darauf  
1220 hinwirken, dass Investitionen mit den Zielen der Klimaneutralität und der Agenda  
1221 2030 in Einklang gebracht werden. Im Sinne der Klimagerechtigkeit gilt besondere  
1222 Unterstützung den vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten und  
1223 Gemeinschaften, gerade in Afrika und den kleinen Inselentwicklungsstaaten. Wir  
1224 unterstützen unsere Partner zudem beim Schutz der Biodiversität.

1225 Wir nutzen die Chancen einer ambitionierten Klimapolitik auch für unsere  
1226 Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik. Dabei setzen wir auf Instrumente wie  
1227 die Außenwirtschaftsförderung oder das dichte Netz an Klima- und

1228 Energiepartnerschaften mit mittlerweile über 30 Ländern im Globalen Norden und  
1229 Süden. Wir setzen uns dafür ein, dass in diesem Rahmen auch  
1230 Technologiepartnerschaften mit unseren Unternehmen geschlossen werden. Dazu  
1231 gehört, dass Know-how transferiert wird und lokale Produktionskapazitäten  
1232 aufgebaut werden, auch um zu verhindern, dass durch andere Kräfte neue, fatale  
1233 Abhängigkeiten entstehen. Klimaaußenpolitik kann auch Brücken zu Partnern bauen,  
1234 die nicht alle unsere Werte teilen.

1235 Für robuste Partnerschaften und internationale Gerechtigkeit

1236 Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global. Wir gehen sie an durch  
1237 internationale Partnerschaften in gegenseitigem Interesse: für Klima und  
1238 Biodiversität, für globale Gesundheit, für nachhaltigen Wohlstand, für  
1239 menschliche Sicherheit und für Menschenrechte. Damit stellen wir nicht zuletzt  
1240 ein dringend benötigtes glaubhaftes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere  
1241 Chinas und Russlands.

1242 Wir stehen zu unserer historisch gewachsenen Verantwortung für die ärmsten  
1243 Länder und der Verwirklichung sowie Weiterentwicklung der Agenda 2030 für  
1244 nachhaltige Entwicklung. Es braucht einen Endspurt und ambitionierte Folgeziele.  
1245 Unser Ansatz dafür ist feministisch und dekolonial. Wir wollen eine  
1246 eigenständige Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und  
1247 weltweit gleichberechtigte Partnerschaften gestaltet.

1248 Wir unterstützen Länder des Globalen Südens bei ihrem Streben nach gerechter  
1249 Repräsentanz in internationalen Organisationen – nur so bleiben multilaterale  
1250 Foren zukunftsfähig. Reformen bei den internationalen Finanzinstitutionen  
1251 treiben wir voran und gestalten Handelsabkommen fair und nachhaltig. Wir setzen  
1252 uns für solide Schuldenrestrukturierungen und -erlasse für besonders belastete  
1253 Länder ein, um ihre Autonomie und Handlungsfähigkeit zu stärken. Daran arbeiten  
1254 wir gemeinsam mit Partnern in der EU, den G20 und G7, internationalen  
1255 Organisationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft.

1256 Wir wollen das Recht auf Wasser und Nahrung verwirklichen. Dafür fördern wir  
1257 beispielsweise agrarökologische Ansätze, schützen Landrechte von  
1258 Kleinbäuer\*innen und unterstützen wirksame Mechanismen gegen exzessive  
1259 Finanzmarktspekulationen mit Wasser, Land und Lebensmitteln. Die Covid-19-  
1260 Pandemie hat erneut gezeigt, dass Gesundheit globale und vorausschauende  
1261 Zusammenarbeit erfordert. In diesem Sinne wollen wir Partnerländer im Aufbau  
1262 ihrer Gesundheitssysteme unterstützen, die Weltgesundheitsorganisation stärken  
1263 und langfristige Forschungs- und Entwicklungskooperation fördern.

1264 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine internationalen Zusagen einhält  
1265 und mindestens die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
1266 Entwicklung (OECD) vereinbarte Quote von 0,7 Prozent des  
1267 Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investiert. Darüber  
1268 hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für die internationale Klima- und  
1269 Biodiversitätsfinanzierung bereit und setzen uns für ambitionierte neue  
1270 Finanzierungsziele für Klima und die Agenda 2030 ein. Um zur Deckung des  
1271 massiven Investitionsbedarfs beizutragen, wollen wir auch den deutschen  
1272 Entwicklungsbanken einen verstärkten Zugang zum Kapitalmarkt ermöglichen,  
1273 insbesondere durch die Erhöhung des Gewährleistungsrahmens des Bundes.  
1274 Wirkungsorientierung und Kohärenz sind der Anspruch unseres gesamten  
1275 internationalen Handelns.